

Plenum aktuell

Plenarsitzungen

24. und 25. September 2014

Initiativen und Positionen
(Stand 24.9.2014)

Aktuelle Stunden

Öffentliche Zweifel

Kritik der Ministerpräsidentin am Deubel-Urteil

„Das Strafmaß ist für mich bis heute schwer nachvollziehbar ... da beschleichen einen schon leichte Zweifel, ob das alles noch verhältnismäßig ist.“ So kritisiert die rheinland-pfälzische Regierungschefin Dreyer in der FAZ (23.9.2014) die Richter und bezweifelt die Richtigkeit des Urteils im Nürburgring-Prozess gegen ihren Ex-Kabinettskollegen Deubel. Der frühere Finanzminister, mitverantwortlich für das Scheitern des überdimensionierten Freizeitparks, soll unter anderem wegen Untreue für dreieinhalb Jahre in Haft. Die gescheiterte Privatfinanzierung kostete mindestens 330 Millionen Euro. Das Land musste einspringen und Deubel zurücktreten.

Ohrfeige für die Justiz

Die öffentliche Kritik der Ministerpräsidentin am Strafmaß - ein mehr als irritierender Vorgang sowie eine Ohrfeige für die Nürburgring-Richter und die rheinland-pfälzische Justiz. Die CDU-Fraktion hat deshalb eine Aktuelle Stunde beantragt. Die Unabhängigkeit der Justiz muss auch für eine

Ministerpräsidentin Geltung haben. Die Schelte Dreyers sowie der Umgang mit dem neuen Prüfbericht des Landesrechnungshofes zeigen einmal mehr, wie wenig SPD-Regierungsverantwortliche aus Fehlern gelernt haben.

„Prinzip Nürburgring“

Der Landesregierung sind die Achtung vor Rechtsprinzipien und der Sinn für Verhältnismäßigkeit abhanden gekommen. Genau diese Überheblichkeit, die Mischung aus Ignoranz und Arroganz, hat geradewegs in das Nürburgring-Desaster geführt.

Es ist das Prinzip des Wegdelegierens von Verantwortung und Risiken, des Weglächelns und Leugnens, das Prinzip der Respektlosigkeit vor Recht und Parlament. Die CDU-Fraktion sieht mit Sorge, dass dieses „Prinzip Nürburgring“ nach wie vor das Regierungshandeln in den unterschiedlichsten Feldern durchsetzt. Es wird zu einer immer größeren Belastung für die Steuerzahler und für die jüngeren Generationen.

Parlamentsanträge

Prüfbericht des Landesrechnungshofs zum „Zukunftsprojekt Nürburgring“

Der Prüfbericht des Landesrechnungshofes zum Nürburgring – ein Dokument des Versagens der rheinland-pfälzischen Landesregierung. Punkt für Punkt weisen die Speyerer Finanzkontrolleure Missmanagement und Versäumnisse nach.

Damit ist auch klar, warum SPD und Grüne den von der Union beantragten Bericht zunächst nicht wollten. Der Initiative der CDU-Landtagsfraktion schlossen sich die Regierungsfaktionen nur zähneknirschend und erst nach hinhaltendem Widerstand an.

Die Regierung konnte diesen Bericht nicht verhindern. Sonst hätte sie noch größeren Imageschaden erlitten. Deshalb hat sie versucht, das Ergebnis vorab am Parlament vorbei gegenüber der Presse häppchenweise in einem Hintergrundgespräch zu interpretieren, vier Tage bevor der Bericht dem Landtag offiziell durch den Präsidenten des Landesrechnungshofs übergeben wurde. Das ist eine grobe Missachtung des Landtags: Denn das Parlament ist der Auftraggeber und kannte den Bericht noch nicht. Das belegt die Panik der Landesregierung.

Das Gleiche gilt für den Versuch der Regierungsfaktionen, das gewählte Parlament über Nacht mit diesem hoch brisanten Papier befassen zu wollen. Jedem war klar, dass die Abgeordneten keine Chance haben, den

Bericht bis zur Ausschusssitzung am kommenden Tag angemessen zu prüfen. Das zeigt: Landesregierung und Regierungsfaktionen geht es nicht um seriöse Aufarbeitung. Sie wollten das für sie höchst unangenehme und brisante Thema im Schnellverfahren erledigen.

Eine erste Durchsicht der Einschätzungen des Landesrechnungshofs zeigt - wie auch die ausführliche Presseberichterstattung - dass darin harsche Kritik am Agieren der Landesregierung enthalten ist. Kritik wie es sie in dieser Deutlichkeit am Regierungshandeln in diesem Land von öffentlicher Stelle noch nicht gegeben hat.

Für die CDU-Fraktion steht nun die detaillierte Auswertung des Berichts im Mittelpunkt. Damit beginnt die nächste Phase der Aufarbeitung des Nürburgring-Skandals.

Die entscheidenden Fragen lauten: Sind in das so genannte „Zukunftskonzept“ der Landesregierung für den Nürburgring im März 2010 ggf. auch sachfremde Erwägungen eingeflossen, die möglicherweise mit der Landtagswahl im März 2011 zusammenhängen? War dieses Konzept für den Nürburgring von Anfang an ein Täuschungsversuch? Durfte die Landesregierung diese Millionen-Kreditentscheidung so treffen?

Wir werden Landesregierung und Regierungsfractionen zu einer ernsthaften und sachlich fundierte Beratung des Berichts zwingen. Das ist die Voraussetzung für die

Entscheidung über notwendige Konsequenzen. Die von uns beantragte Plenardebatte ist der Beginn der dringend notwendigen parlamentarischen Aufarbeitung.

Richterwahlausschuss jetzt reformieren

„In Rheinland-Pfalz soll der Justiz gezeigt werden, wo der Bartl den Most holt. Beck und seine Minister bezeichnen und betrachten die Gerichte als nachgeordnete Behörden, als Befehlsempfänger, als Ableger des Justizministeriums. (...) In Rheinland-Pfalz will sich die Exekutive die Justizorganisation unterwerfen“ (Prantl, Süddeutsche Zeitung, 29.06.2011)

Die CDU-Fraktion drängt auf eine baldige Reform des Richterwahlausschusses. Dieser besteht aus acht Abgeordneten, zwei Richtern/Richterinnen, einem Rechtsanwalt/einer Rechtsanwältin und dem Justizminister, der zugleich auch Vorsitzender des Gremiums ist. Ein Ungleichgewicht zu Lasten der Justiz ist erkennbar. Dies wird auch in der gerichtlichen Praxis so empfunden, wie eine Evaluation des Justizministeriums aus 2012 ergab. Das Ansehen der Justiz in der Bevölkerung läuft Gefahr, beschädigt zu werden.

Dringender Reformbedarf

Obwohl der Justizminister zwar Reformbedarf sieht, handelt er nicht und schiebt das Thema auf die lange Bank. Nach der Evaluation 2012 kam das Thema in den Rechtsausschuss. Dann kündigt der Justizminister an, bis Anfang 2014 ein Gesetz vorzulegen - darauf wartet die CDU-Fraktion immer noch. Nun gehen wir selbst in die Offensive. Mit einem Gesetzentwurf wollen wir die personelle Besetzung des Richterwahlausschusses, dessen Aufgaben und die Mehrheitsbestimmung innerhalb des Gremiums neu regeln.

Erster Ansatzpunkt ist das Verhältnis von Justiz- zu Politik-Vertretern. In einem Gesetzentwurf sprechen wir uns für mehr richterliche Mitglieder aus: Sachverstand und fachliche Qualifikation. Das stärkt die demokratische Legitimation der Entscheidungen des Ausschusses.

Um fundiert beraten zu können, bedarf es einer sachgerechten Vorbereitungsmöglichkeit für die Ausschussmitglieder. Bislang erhielt jedoch nur das jeweils berichtstattende Mitglied wichtige Vorbereitungsunterlagen für den Ausschuss. Die CDU-Fraktion will eine gesetzliche Verpflichtung einführen, allen Mitgliedern rechtzeitig vor der Sitzung u.a. den Entscheidungsvorschlag des vorsitzenden Mitglieds, die Stellungnahme des Präsidialrats und ggf. die Niederschrift über das Einigungsgespräch zu übersenden.

Mit dem Gesetzentwurf der CDU-Fraktion könnte der Richterwahlausschuss erstmals auch bei Versetzungsentscheidungen mitwirken. Versetzungsentscheidungen hätten damit eine breitere Basis und könnten besser begründet werden. Für die CDU gilt die Unabhängigkeit der Justiz. In den Augen der Koalition ist sie lediglich eine nachgeordnete Behörde.

Die Menschen sollen wieder Vertrauen in die Unabhängigkeit der Rechtsprechung erhalten – dieses Ziel hat oberste Priorität für die CDU-Landtagsfraktion. Mit dem Gesetzentwurf unterstreicht die CDU nun den bestehenden Handlungsbedarf und geht einen wichtigen Schritt.

Schnelle Entlastung Lärmschutzkonzept für den Mittelrhein

Schlaflose Nächte, Erschütterungen, Dröhnen - der ständige Bahnlärm strapaziert die Menschen im Mittelrheintal. Studien belegen, dass sich mittlerweile jede zweite Person im Mittelrheintal deswegen gestresst fühlt. Außerdem richten die Erschütterungen durch vorbeifahrende Züge erhebliche Gebäudeschäden an. Der Wert der Häuser und ihr Mietwert sinken, der Tourismus wird zunehmend beeinträchtigt. Das alles ist den Menschen am Mittelrhein nicht länger zuzumuten.

Bisherige Maßnahmen reichen nicht aus

Die CDU-Fraktion begrüßt zwar die bislang ergriffenen Bemühungen im Hinblick auf die Entlastung des Mittelrheintals. Aber die bisherigen Maßnahmen reichen bei weitem nicht aus, zumal der Bahnlärm in der Region in den vergangenen Jahren stark zugenommen hat. Die Anzahl der durchfahrenden Züge steigt kontinuierlich, genauso die gefahrenen Geschwindigkeiten. Und es droht eine weitere Verschärfung der Lärm- und Erschütterungsproblematik.

Noch mehr Züge

Denn mit der Fertigstellung des Gotthard-Basistunnels wird sich der Güterverkehr im Mittelrheintal weiter erhöhen, um bis zu 30 Prozent. Gleichzeitig werden die Züge länger und schwerer. Es ist damit zu rechnen, dass künftig alle vier Minuten, nach einigen Schätzungen sogar alle zwei Minuten, ein Zug das Mittelrheintal passieren wird. „Hier besteht dringender Handlungsbedarf. Am Mittelrhein muss es endlich leiser werden.

Das ist eine Hauptaufgabe für die Politik“, mahnt die CDU-Fraktion. Umfassende Maßnahmen zur Lärmreduzierung sind nötig, um die Menschen zu entlasten und den Gemeinden und Städten entlang des Rheins eine positive Entwicklungsmöglichkeit zu geben. Daher ist das dringende Handeln aller politischen Entscheidungsträger mit der Umsetzung weiterer kurz-, mittel- und langfristiger Maßnahmen zur Reduzierung des Bahnlärms am Rhein notwendig. Die Deutsche Bahn, das Land und der Bund sind gleichermaßen gefordert, unverzüglich notwendige, weitere Schritte einzuleiten.

Die CDU-Fraktion fordert die Landesregierung auf, sich für folgende Maßnahmen einzusetzen:

- Auf der Grundlage des Gutachtens von Professor Urs Kramer umfassende Datenerhebungen und Lärmmessungen in den vom Bahnlärm betroffenen Bereichen des Mittelrheintals durchzuführen. Zu fordern sind Lärmmessstellen zur Identifizierung lauter, nicht umgerüsteter Waggons.
- Ein nächtliches Tempolimit von 50 km/h zwischen 22 und 6 Uhr für nicht umgebaute bzw. modernisierte Züge und ein Nachtfahrverbot für alle nicht bis zum Ende 2015 umgebauten bzw. modernisierten Züge anzustreben.
- Entwicklung des Projektbeirates zu einem wesentlichen Projektsteuerungsinstrument zur Erarbeitung und Begleitung von Maßnahmen sowie

zur Einbringung von Bürgerinteressen.

- Wirksame Gestaltung der lärmabhängigen Trassenpreise.
- Umrüstung und Modernisierung des gesamten rollenden Materials auf den neuesten technischen Stand bei gleichzeitiger Verbesserung des Gleisbetts zur Vermeidung von Lärm und Erschütterungen gemäß dem Koalitionsvertrag zwischen CDU und SPD in Berlin.
- Ertüchtigung und Ausbau bereits bestehender Bahnstrecken und stärkere Nutzung der Wasserstraßen.
- Planung und Bau einer Alternativtrasse für den Güterverkehr.
- Gültigkeit der in der 16. Bundesimmissionschutzverordnung vorgesehenen strengeren Grenzwerte für Lärmimmissionen ab dem Jahr 2020 auch für bereits bestehende Eisenbahnstrecken und ein Heruntersetzen entsprechend der Forderungen der WHO zum Schutz der Gesundheit der Bevölkerung auf maximal 45 Dezibel in der Nacht.
- Abschaffung des sog. Schienenbonus für die Bahn in Höhe von 5 Dezibel.
- Zugrundelegung der Maximalpegelhäufigkeit bei der Berechnung der Immissionswerte.

Nicht im Sinne des Verbrauchers

Verbraucherschutzpolitik der Landesregierung in der Kritik

Ist die Qualität meiner Lebensmittel sichergestellt? Wo informiere ich mich über Lebensmittelkontrollen? Wünsche ich mehr Aufklärung und Beratung, z. B. bei Geldanlagen? - Verbraucherschutzpolitik sollte beim Verbraucher ansetzen. Das fordert die CDU-Landtagsfraktion mit Blick auf den Verbraucherschutzbericht 2014 der Landesregierung. Schließlich kennt der Verbraucher seine Erwartungen und Bedürfnisse am besten.

Inhaltlich wie auch konzeptionell weist der jüngste Verbraucherschutzbericht Schwächen auf. Der Landesregierung gelingt es nicht, den Verbraucherschutz voranzubringen und lässt jede Menge Fragen offen.

Versorgungslücken und Qualitätseinbußen in Gemeinschaftseinrichtungen

Seit sich das Land aus der systematischen Kontrolle der Tagesverpflegung in Gemeinschaftseinrichtungen, wie z.B. Senioreneinrichtungen zurückgezogen hat, wird die Qualität des Essens immer wieder beanstandet. Leidtragenden sind Seniorinnen und Senioren, die auf eine bedarfsgerechte, ausgewogene Verpflegung angewiesen sind. Zwar hält die Landesregierung Angebote, wie das Projekt „Gut versorgt ins hohe Alter“ oder die „Speiseplan-Checks“ bereit, diese stellen jedoch keinen Ersatz für verpflichtende Qualitätskontrollen dar. Die Landesregierung kann die bedarfsgerechte Verpflegung in Gemeinschaftseinrichtungen nicht gewährleisten.

Nicht ausreichend auf den demografischen Wandel vorbereitet

Im Zuge der demographischen Entwicklung wird die Gruppe der älteren und hochbetagten Menschen an Bedeutung gewinnen. Ihre Bedürfnisse und Lebensumstände bestimmen die Anforderungen an die Verbraucherpolitik. Wo bleibt hier die angekündigte Demografiestrategie, fragt die CDU-Landtagsfraktion. Wir fordern eine tieferegehende, unterstützende, generationengerechte Verbraucherschutzpolitik.

Fehlentwicklung und Personalmangel Große Anfrage Polizei

Die Situation der rheinland-pfälzischen Polizei – nach wie vor gibt es zahlreiche Baustellen. Dies hat eine Große Anfrage der CDU-Fraktion in Rheinland-Pfalz ergeben. Die Antwort der Landesregierung zeigt gravierende Defizite in vielen Bereichen auf.

Anzahl der Wohnungseinbrüche weiter angestiegen

Ein genauer Blick in die neueste Kriminalstatistik zeigt, dass gerade die von den Bürgerinnen und Bürgern als besonders gravierend empfundene Wohnungseinbruchdiebstähle in den vergangenen Jahren stetig zugenommen haben. Stark angestiegen sind zudem die Fälle von Tageseinbruchdiebstählen, Taschendiebstähle, Raubüberfälle auf Straßen, Wegen oder Plätzen und Raubüberfälle in Wohnungen. Immer wieder gibt es Klagen von Bürgerinnen und Bürgern, die berichten, dass die Polizei entweder auf einen Hilferuf gar nicht mehr reagiert oder so lange zur Anfahrt benötigt, dass sie schon gar nicht mehr alarmiert wird. Das zeigt, wie wichtig eine sichtbare Polizeipräsenz und kurze We-

Mit ihrem Antrag setzt sich die CDU-Fraktion dafür ein, dass der Verbraucherschutz auch in Zukunft gesichert ist. Die Fraktion will den Stand und die Qualität des Verbraucherschutzes durch unabhängige Expertinnen und Experten bewerten lassen. Verbraucherinnen und Verbraucher müssen stärker einbezogen und kommunale Akteure in ihrer Verbraucherschutzarbeit unterstützt werden. Nur so können die Lücken im Verbraucherschutz geschlossen werden.

ge für die Polizei sind. Die von der Landesregierung zu verantwortenden Einschnitte bei der Polizeistärke machen sich hier unmittelbar negativ bemerkbar.

Personelle Situation

Die rheinland-pfälzische Polizei ist nach wie vor unterbesetzt. Soll- und Ist-Stärke klaffen auseinander. Es fehlen rund 250 Polizisten. Auch die geplanten Neueinstellungen reichen nicht aus, um die massiven Personalprobleme zu beheben. Denn allein im Jahr 2014 werden über 370 Polizeibeamte/innen in den Ruhestand versetzt. Auch der Krankenstand ist in den zurückliegenden Jahren weiter angestiegen, von durchschnittlich 6,83 % im Jahr 2007 auf 7,66 % im Jahr 2012. Zudem hat sich die Zahl der dienstunfähigen sowie eingeschränkt dienstfähigen Polizisten seit 2008 weiter erhöht. Mehr als zehn Prozent aller Polizeibeamten sind dienstunfähig oder nur eingeschränkt dienstfähig. Damit einher geht ein riesiger Berg an Überstunden. Dieser hat sich seit Ende 2007 von 1.679.283 Überstunden auf 1.611.861 in

2012 trotz aller Versprechungen der Landesregierung nur unwesentlich vermindert.

Zunahme von Gewalt gegen Polizistinnen und Polizisten

Die Gewalt gegen Polizistinnen und Polizisten nimmt in Rheinland-Pfalz seit Jahren zu: Die Zahl der Körperverletzungen ist von 232 (2011) über 436 (2012) auf 489 (2013) gestiegen. Die Landesregierung hat bislang keine Antwort auf diese Entwicklung gefunden.

Die CDU-Fraktion fordert deshalb zum einen die Einrichtung von Sonderdezernaten bei den Staatsanwaltschaften, um der Gewalt gegen Polizistinnen und Polizisten effektiv zu begegnen. Zudem fordert sie den Einsatz von Body-Cams. Dies sind kleine Kameras, die die Polizistinnen und Polizisten bei gefährlichen Einsätzen am Körper tragen. Die Erfahrungen in anderen Bundesländern haben gezeigt, dass deren Einsatz potentielle Täter vor Übergriffen auf die Polizei abhält.

Um die derzeitige Personalsituation zu entspannen, aber auch präventive Maßnahmen

zur Verhinderung von Gewalt gegen Polizistinnen und Polizisten zu ergreifen, fordert die CDU-Fraktion:

- Body-Cams bei Polizeieinsätzen einzuführen.
- Die Polizei von polizeifremden Aufgaben zu entlasten.
- Die im Haushalt vorgesehenen Stellenplanobergrenzen auszuschöpfen.
- Den Anteil der Beamtinnen und Beamten aus Zuwandererfamilien zu erhöhen.
- Die eingeplanten Stellen für Angestellte im Polizeibereich zu besetzen.
- In den kommenden Jahren die Zahl von 450 Neueinstellungen nicht zu unterschreiten.
- Zu prüfen, ob die Kapazitäten der Landespolizeischule auf dem Hahn erweitert werden können.

Im Dialog mit Eltern, Schülern und Lehrern

Debatte zur Neuordnung der Schulferien muss geführt werden

Jedes Jahr - hektischer Prüfungsstress vor den Herbstferien und langes Brüten vor den Sommerferien. Das Sommerhalbjahr ist in den Schulen aufgrund der jetzigen Ferienaufteilung sehr lang. Die Abstände zwischen den Schulferien sollen im Sinne einer sinnvollen Unterrichtsplanung überdacht werden. Als starres Gerüst seit Jahrzehnten unangetastet, könnten sich die Sommerferien zudem an gesellschaftlichen Veränderungen, wie der zunehmenden Berufstätigkeit beider Elternteile, orientieren. Auch die Herbstferi-

en haben ihren ursprünglichen Sinn als Auszeit für die Ernte verloren. Die Landesregierung macht es sich zu einfach, wenn sie dieses Thema einfach negiert.

Gesellschaftliche Veränderungen erfordern Anpassung

Eine Neuordnung der Schulferien könnte Abhilfe schaffen. Bisher sah die Landesregierung allerdings keinen Handlungsbedarf. Die CDU-Landtagsfraktion Rheinland-Pfalz ruft

deshalb in ihrem Parlamentsantrag zu einem breiten Dialog mit Schülern, Eltern und den einschlägigen Verbänden in Rheinland-Pfalz auf. Die Stimmen der Schüler, Eltern und Lehrer müssen gehört werden.

Reisen in der Hauptsaison

Viele Familien aus der Mitte der Gesellschaft können es sich nicht leisten, zur Hauptsaison in den Sommerferien zu verreisen. Durch die Einführung von Pfingstferien könnte dies in Zukunft anders sein. Vier Bundesländer, wie z. B. Baden-Württemberg oder Bayern machen es vor. Ermittelt werden sollte, inwiefern sich die Eltern eine familienfreundliche Flexibilisierung der Ferien wünschen.

Familien nicht alleine lassen - Übergreifende Lösungen beraten

Entlasten würde eine solche Regelung auch berufstätige Eltern. Wohl kaum ein Elternteil

Die Mittelrheinbrücke Nachhaltige und effiziente Lösung für die Region

Die Mittelrheinbrücke – lange Gegenstand des rot-grünen Koalitionsgezänks, immer noch nicht beschlossen. Dabei ist die Rheinbrücke Herzensangelegenheit vieler Menschen in der Region „Mittelrhein“. Bereits seit Jahrzehnten ist der Bau in Planung, doch die SPD geführte Landesregierung der letzten Jahrzehnte hat nichts unternommen. Als die Grünen mit in die Regierungsverantwortung kamen, wurden die Planungen auf Eis gelegt. Schließlich wollte man den Koalitionsfrieden nicht gefährden. Der SPD scheint das Verhältnis zu den Grünen wichtiger als die Bedürfnisse der Menschen vor Ort zu sein.

Dennoch beteuert Infrastrukturminister Lewentz, dass die Region die Mittelrheinbrü-

kann sechs Wochen Urlaub nehmen, die Kinder müssen dennoch betreut werden. Hier gibt es großen Diskussionsbedarf, deshalb fordert die CDU-Landtagsfraktion:

- Im Rahmen der Kultusministerkonferenz einen Diskussionsprozess über eine familienfreundliche Flexibilisierung der Sommerferien zu beginnen.
- In Rheinland-Pfalz mit Familienverbänden, Landeselternvertretung, Lehrerverbänden, Arbeitgebern und Gewerkschaften sowie mit der Landeschülervertretung und dem Landesjugendring die Einführung von Pfingstferien zu erörtern.
- Mit den genannten Vertretern und Verbänden zu entscheiden, welche Ferienzeiten ggf. zugunsten von Pfingstferien gekürzt werden sollten.

cke braucht. Bloßes Lippenbekenntnis oder ernst gemeintes Anliegen? Das will die CDU-Fraktion in Rheinland-Pfalz genauer wissen und fordert in ihrem kommenden Plenarantrag die Landesregierung auf, die Planungen zum Bau der Mittelrheinbrücke mit dem Ziel der baldigen Realisierung unverzüglich wieder aufzunehmen.

Mittelrheinbrücke muss kommen

Der Bau der Mittelrheinbrücke ist eine wichtige Infrastrukturmaßnahme für die gesamte Mittelrheinregion.

Das von den Grünen favorisierte Modellprojekt „erweiterter Fährbetrieb“ kann eine Brücke nicht adäquat ersetzen. Das Land muss

derzeit jährlich einen niedrigen sechsstelligen Betrag in die Hand nehmen, um den Fährbetrieb zu bezuschussen. Die stetigen Subventionen sind ein Tropfen auf den hei-

ßen Stein. Deshalb macht sich die CDU-Fraktion für die Mittelrheinbrücke als effiziente und nachhaltige Lösung stark.

Deutsch als Schlüssel zur Integration

Sprachförderung von der Kita bis hin zu weiterführenden Schulen ausbauen

Immer mehr Menschen aus Krisenregionen suchen Zuflucht in Deutschland. Seit Jahresbeginn haben 100.000 Flüchtlinge in ganz Deutschland Asyl beantragt. Auch Rheinland-Pfalz wird neue Flüchtlinge aufnehmen, darunter zahlreiche Kinder im schulpflichtigen Alter. Gleichzeitig steigt der Zuzug aus den EU-Mitgliedsstaaten. Ist das rheinland-pfälzische Bildungssystem ausreichend auf diese Herausforderungen vorbereitet? Wie können wir Kindern mit mangelnden Deutschkenntnissen eine Perspektive geben? Die CDU-Landtagsfraktion sieht bei der Sprachförderung von der Kita bis hin zu weiterführenden Schulen dringend Verbesserungsbedarf und bringt einen entsprechenden Antrag im kommenden Plenum ein.

An aktuellen Entwicklungen orientieren

Trotz der steigenden Anzahl an Kindern mit Migrationshintergrund wurden Sprachförderkontingente an Schulen nicht ausgeweitet. Die Bildungspolitik der Landesregierung hinkt den aktuellen Entwicklungen hinterher. Häufig schneidet deshalb ein Schüler alleine aufgrund mangelnder Sprachkenntnisse in der weiterführenden Schule schlecht ab.

Dieser Bildungslücke infolge mangelnder Sprachfähigkeit muss von Beginn an vorgebeugt werden. Deshalb sollten Schüler ohne Deutschkenntnisse nicht sofort den Regelunterricht, sondern zuerst einen intensiven Deutschvorlaufkurs besuchen. Das wurde bereits in der Praxis erprobt: Schüler unterschiedlicher Sprachherkunft lernten in der

Starterklasse der Anne-Frank-Realschule plus in Mainz innerhalb weniger Wochen und Monate Deutsch. Der positive Nebeneffekt: Erst im Anschluss kamen sie an eine zu ihrer Begabung passenden Regelschule. Eltern betroffener Kinder sollen stärker eingebunden werden. Ein weiterer Ansatz der CDU-Landtagsfraktion.

Das Problem an der Wurzel anpacken

Gesellschaftliche Teilhabe erfordert Sprachkompetenz. Deshalb muss Sprachförderung bereits in der Kita ansetzen. Wie kann dies jedoch gewährleistet werden, wenn die Landesregierung den Kindertagesstätten die Sprachfördermittel kürzt? Leidtragende sind diejenigen Kinder, die mit mangelnden Sprachkenntnissen in die Schulen entlassen werden. Die CDU-Fraktion schlägt deshalb die Wiedereinführung sozial gestaffelter Kindergartenbeiträge vor. So könnte in eine effektive Sprachförderung investiert werden, ohne kinderreiche und einkommensschwache Familien zu belasten. Verbindliche Sprachstandserhebungen im vierten Lebensjahr könnten zudem helfen, eventuelle Förderbedarfe vor der Einschulung gezielter zu entdecken und frühzeitig entsprechende Maßnahmen zu ergreifen.

Die Forderungen der CDU-Landtagsfraktion:

- Verbindliche Sprachstandserhebungen im vierten Lebensjahr für alle rheinland-pfälzischen Kinder in Kindergärten.

- Sprachförderung in Kindertagesstätten nicht weiter reduzieren, sondern bedarfsgerecht ausbauen.
- Ein Jahr vor der Einschulung sicherstellen, dass durch einen verpflichtenden Schuleingangstest und ggf. Vorlaufkurse kein Kind in Rheinland-Pfalz ohne ausreichende Sprachkenntnisse eingeschult wird.
- Die integrative Sprachförderung für jüngst nach Deutschland zugezogene Schüler zugunsten von intensiven Deutschvorlaufkursen umgestalten.
- Die Erziehungsleistung der Eltern der betroffenen Kinder in wachsendem Maße einbinden.

Mündliche Anfragen

Äußerungen der Ministerpräsidentin zur Schuldenbremse

(Dr. Adolf Weiland, MdL und Gerd Schreiner, MdL)

1. Hält die Ministerpräsidentin es für notwendig, die Schuldenbremse neu zu verhandeln, um bestimmte Aufgaben des Staates zu finanzieren?
2. An welche möglichen Korrekturen des Grundgesetzes oder der Landesverfassung denkt die Ministerpräsidentin dabei?
3. Auf welche Weise sollten nach Auffassung der Ministerpräsidentin die von ihr in diesem Interview genannten wichtigen staatlichen Aufgaben wie Investitionen in Infrastruktur, Bildung, Innovation, Breitbandausbau und digitale Revolution finanziert werden?
4. Welche Möglichkeiten sieht die Ministerpräsidentin, durch den Abbau von Schulden und Zinsverpflichtungen neue Gestaltungsräume für die staatlichen Haushalte zu gewinnen?

Windkraft-Moratorium im Pfälzer Wald

(Christian Baldauf, MdL)

1. Stimmt die Landesregierung dem Bezirkstag der Pfalz zu, dass in Bezug auf die Windkraft im Pfälzerwald zuerst ein Moratorium durchgeführt werden soll?
2. Falls nein: wie bewertet die Landesregierung den von beiden großen Parteien im Bezirkstag verabschiedeten Moratoriumsbeschluss?
3. Warum hat die Landesregierung – an einer Bürgerbeteiligung vorbei – Kommunen eine Vorlage für Absichtserklärungen zur Errichtung von Windkraftanlagen zur Verfügung gestellt?
4. Wie beteiligt die Landesregierung die Bürgerinnen und Bürger der Gemeinden im Pfälzerwald an den Genehmigungsverfahren für Windkraftanlagen?

Begutachtungspraxis des MDK Rheinland-Pfalz und Aufsichtstätigkeit der Landesregierung

(Michael Wäschenbach, MdL und Dr. Peter Enders, MdL)

1. Warum ist die Landesregierung angesichts der Aufsichtspflicht des Landes erst durch Medienberichte auf Bestrebungen aufmerksam geworden, eine Quote von Gutachten nach Aktenlage bei der Begutachtungstätigkeit des MDK Rheinland-Pfalz einzuführen?
2. Was ist der Landesregierung über Folgen und Bestrebungen nach verstärkter Begutachtung nach Aktenlage bekannt?
3. Warum hat die Landesregierung solche Bestrebungen nicht unmittelbar unterbunden?
4. Welche Konsequenzen hält die Landesregierung für die Rechtsaufsicht über den MDK Rheinland-Pfalz nach den Vorgängen um Begutachtungen nach Aktenlage für angebracht?

Ergebnisse des Ländermonitors frühkindliche Bildungssysteme

(Simone Huth-Haage, MdL und Hedi Thelen, MdL)

Nationalparkeröffnung Pfingstwochenende 2015

(Michael Billen, MdL und Christine Schneider, MdL)

Stellenwert von Noten im Schulsystem

(Bettina Dickes, MdL und Guido Ernst, MdL)

Umgang mit radikalisierten islamischen Schülern

(Bettina Dickes, MdL und Matthias Lammert, MdL)

Steigende Antragszahlen auf Asyl

(Adolf Kessel, MdL und Marlies Kohnle-Gros, MdL)

Aussagen vor dem Deutschen Naturschutztag in Mainz zur Bedeutung des Naturschutzes vor dem Hintergrund der Mainzer Regierungspolitik

(Christian Baldauf, MdL und Arnold Schmitt, MdL)

Haltung der Landesregierung zur Freigabe von Marihuana

(Hedi Thelen, MdL und Michael Wäschenbach, MdL)

Jüngste Äußerungen der Ministerpräsidentin zum Thema Inklusion

(Bettina Dickes, MdL und Martin Brandl, MdL)